

Information der betroffenen Personen (Schuldner) bei Direkterhebung (Art. 13 DS-GVO)

Verantwortlicher:

Bürgerhilfe Sachsen e. V., Bahnhofstr. 66, 01259 Dresden

Gesetzlicher Vertreter:

Geschäftsführerin Frau Ute Seifert

Datenschutzbeauftragter:

DataOrga GmbH – Ingo Krause, E-Mail: datenschutz@buergerhilfe-sachsen.de

Angaben zur Verarbeitungstätigkeit:

Zwecke der Verarbeitungstätigkeit:

Für die freiwillige Schuldnerberatung im Rahmen einer Einwilligung erheben und verarbeiten wir personenbezogene Daten. Diese sind z.B. Kontaktdaten, Vertragsdaten, freiwillige notwendige gesundheitliche Angaben, persönliche und wirtschaftliche Situation.

Rechtsgrundlage der Verarbeitungstätigkeit:

Eine Einwilligung gem. Art. 6 Abs. 1 lit. a DS-GVO liegt vor. Die Anforderungen an die Einwilligung gem. Art. 7 Abs. 1-4 DS-GVO werden erfüllt.

Kategorien von Empfängern:

Intern: Schuldnerberater

Sonstige Empfänger: Gläubiger, Arbeitgeber, Auskunftsbüros, Ämter und Kreditinstitute

Datentransfer in ein Drittland:

Es liegt keine geplante Übermittlung in Drittstaaten vor.

Zusätzliche Informationspflichten:

Speicherdauer der personenbezogenen Daten:

Die personenbezogenen Daten werden von uns gelöscht, sobald der Zweck der Speicherung entfällt und keine gesetzliche Regelung eine weitere Speicherung erlaubt oder erfordert.

Rechte der betroffenen Person:

Sie haben ein Recht auf Auskunft (gem. Art. 15 DS-GVO) seitens des Verantwortlichen über die Sie betreffenden personenbezogenen Daten sowie auf Berichtigung (Art. 16 DS-GVO), Löschung (Art. 17 DS-GVO), und auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 Abs. 1 DS-GVO). Des Weiteren haben Sie ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung (Art. 21 DS-GVO) sowie das Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DS-GVO).

Möchten Sie von Ihren Rechten Gebrauch machen, wenden Sie sich bitte an den oben genannten Datenschutzbeauftragten.

Beschwerderecht:

Sie haben ein Recht auf Beschwerde, bei der zuständigen Aufsichtsbehörde.

Pflicht zur Bereitstellung der personenbezogenen Daten:

Die betroffene Person ist verpflichtet die personenbezogenen Daten bereitzustellen.

Folgen der Nichtbereitstellung:

Ohne Bereitstellung der Daten kann keine Beratung stattfinden.

Automatisierte Entscheidungsfindung:

Es erfolgt keine automatisierte Entscheidungsfindung bzw. Profiling.